

Mündliche Anfrage mit Antwort vom 25.09.2009

des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur auf die Frage 25 der Abg. Dr. Gabriele Andretta, Daniela Behrens, Dr. Silke Lesemann, Matthias Möhle, Jutta Rübke, Stefan Schostok und Wolfgang Wulf (SPD)

Was will uns Ministerpräsident Christian Wulff mit seiner Forderung nach besserer länderübergreifender Vernetzung zwischen den norddeutschen Hochschulen sagen?

Nach Ansicht von Ministerpräsident Christian Wulff müssen die Hochschulen in den fünf norddeutschen Bundesländern beim Aufbau und Abbau von Studienkapazitäten enger zusammenarbeiten. Dem *Weser-Kurier* vom 31. August 2009 ist zu entnehmen: „Wir brauchen nicht nur eine Auflistung der einzelnen Fachbereiche, sondern wir müssen auch die jeweiligen Kapazitäten aufeinander abstimmen. Es sollen schließlich nicht alle Länder gleichzeitig Fächer wie etwa Architektur und Bauwesen abbauen, sodass dann plötzlich insgesamt zu wenig Studienplätze vorhanden sind. Hier sind genaue Absprachen und länderübergreifende Kooperationen notwendig.“ Die Forderung des Ministerpräsidenten nach mehr Kooperation stieß nach Presseberichten bei den Universitäten auf Verwunderung und Widerspruch (*HAZ* vom 1. September 2009). „Kooperation ist seit jeher Kern der Universitäten“, sagt Bremens Universitätssprecher Eberhard Scholz, der sich wundere, worauf Wulffs Appell abziele, da Architektur bislang weder an der Universität Bremen noch an der Universität Oldenburg zu den Studienangeboten gehöre. Auch an der Fachhochschule Bremen erntete Wulff Widerspruch. Kooperation mit Hochschulen im In- und Ausland sei Alltag, allerdings sei die Kooperation mit Niedersachsen ausbaufähig, kommentierte deren Sprecher Ulrich Berlin den unerwarteten Vorstoß Wulffs. Er verwies auf die Wiederauflösung der fusionierten Fachhochschule OOW in einzelne Fachhochschulen, was die Kooperation erschwere. Eine Hürde für die Zusammenarbeit seien überdies die Studienbeiträge, die in Niedersachsen, anders als in den anderen norddeutschen Bundesländern, erhoben werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem Umfang haben Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern seit 2003 Studienplätze auf- bzw. abgebaut, wie viele davon in den Fächern Architektur und Bauwesen? Hatte Niedersachsen den Abbau von über 2 000 Studienplätzen im Rahmen des HOK mit den norddeutschen Bundesländern abgestimmt?
2. Mit welchen konkreten Initiativen und auf welcher Planungsgrundlage soll zukünftig die Koordinierung der länderübergreifenden Zusammenarbeit zur Abstimmung der Studienkapazitäten und besseren Vernetzung erfolgen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass Niedersachsen das Bundesland mit dem höchsten negativen Wanderungssaldo seiner Studienberechtigten ist und Niedersachsens Abiturienten vor allem an Bremer und Hamburger Hochschulen studieren?

Antwort:

Niedersachsen hat mit dem Hochschuloptimierungskonzept vom 21. Oktober 2003 als erstes Bundesland in Norddeutschland ein systematisches Konzept der hochschulspezifisch differenzierten Optimierung der Hochschulen vorgelegt und umgesetzt, die letztlich zu einer starken wettbewerbsorientierten Profilbildung der niedersächsischen Hochschulen geführt hat. Auch die Ergebnisse der Exzellenzinitiative haben gezeigt, dass Niedersachsen in der Wissenschaft das leistungsstärkste und erfolgreichste Land in Norddeutschland ist.

Nach den Entscheidungen in Niedersachsen sind in benachbarten norddeutschen Ländern - auch mit kurzfristigen Richtungswechseln - Entscheidungen zur Hochschulentwicklung getroffen worden, die im Hinblick auf die gemeinsame wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in Norddeutschland hätten besser koordiniert werden können. Deshalb hatte die Konferenz Norddeutschland der Regierungschefs der norddeutschen Länder bereits vor geraumer Zeit gebeten, die Hochschulentwicklung zwischen den Ländern in Forschung und Lehre besser abzustimmen. Die Hochschulen mancher Länder haben sich jedoch leider bei diesen Bemühungen wenig kooperativ gezeigt. Auch autonome und eigenverantwortliche Hochschulen in staatlicher Verantwortung stehen als vom Steuern zahlenden Bürger finanzierte

Einrichtungen in gesellschaftlicher Verpflichtung und Verantwortung. Darauf hat Ministerpräsident Wulff in seinem in der Anfrage zitierten Interview mit dem Hinweis auf die notwendigen Ländergrenzen überschreitende Abstimmung auch von Hochschulplanungen aufmerksam gemacht. Nur wenn die norddeutschen Länder und Hochschulen sich in Forschungs- und Lehrschwerpunkten untereinander besser abstimmen, wird Norddeutschland im internationalen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Wettbewerb mithalten können. Dies ist die einheitliche Haltung der Konferenz der norddeutschen Regierungschefs, die die Konferenz der Wissenschaftsminister dementsprechend um weitergehende Koordinierung gebeten hat.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Die Entwicklung der Zahl der grundständigen Studienanfängerplätze an den niedersächsischen Universitäten und gleichgestellten Hochschulen sowie an Fachhochschulen in staatlicher Verantwortung ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

[Tabelle aus technischen Gründen entfernt]

Informationen über die Entwicklung der Zahl der Studienplätze in den Ländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein liegen hier nicht vor, da in diesen Ländern bisher keine flächendeckende Kapazitätsberechnung durchgeführt wird.

Die Entwicklung der Zahl der Studienanfängerplätze ist abhängig von vielen Einflussgrößen. In Niedersachsen war in den letzten Jahren insbesondere die Verbesserung der Betreuungsrelationen in den sogenannten Massenstudiengängen

an Universitäten ein wesentlicher Bestimmungsgrund für die Entwicklung der Kapazitäten. Die Landesregierung hat damit einen besonderen Akzent bei der Verbesserung der Qualität der Lehre gesetzt.

Die Anpassung der Zahl der grundständigen Studienanfängerplätze in den Bereichen Architektur und Bauwesen hat wegen der zugrunde liegenden unbefriedigenden Auslastungssituation in Niedersachsen (vgl. dazu die Stellungnahmen des Landesrechnungshofs) nicht zu einer Einschränkung der Studienwahlmöglichkeiten geführt.

Bisher erfolgt bei kapazitätswirksamen Maßnahmen kein direkter Abstimmungsprozess unter den norddeutschen Ländern. Um die Bewertung möglicher Auswirkungen aber bereits im Vorfeld umfassender vornehmen zu können, ist bei grundlegenden strukturellen Änderungen eine intensivere Abstimmung auch in diesem Bereich für Norddeutschland anzustreben.

Zu 2:

Die Landesregierung hält es insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Stärkung wissenschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit für sinnvoll, in den norddeutschen Bundesländern inhaltliche Profilierungen anzustreben und „Stärken zu stärken“. Aus diesem Grunde wurde in den letzten Jahren eine Reihe von Kooperationen neu etabliert oder intensiviert. Die Form der Kooperationen reicht dabei von der Zusammenarbeit einzelner Wissenschaftlerinnen und Hochschulen über vertraglich gestaltete Kooperationsvereinbarungen bis hin zu länderübergreifend tätigen Abstimmungs- und Koordinierungsgremien in bestimmten Feldern. So werden beispielsweise alle zentralen Belange der Ausbildung nautischer und technischer Schiffsoffiziere in Norddeutschland kontinuierlich in der Ständigen Arbeitsgemeinschaft der Küstenländer für das Seefahrtbildungswesen (StAK) diskutiert und abgestimmt.

Derzeit werden weitere Initiativen verfolgt, um die Abstimmung dort, wo dies unter den gegebenen wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Randbedingungen sinnvoll erscheint, weiter zu verbessern bzw. inhaltlich auszuweiten.

Die Regierungschefs der norddeutschen Länder haben für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich auf der letzten Sitzung der Konferenz Norddeutschland beschlossen, dass die Norddeutsche Wissenschaftsministerkonferenz (NWMK) einen Bericht über bestehende Hochschulk Kooperationen in Norddeutschland vorlegt und Modelle für Anreizsysteme zur Verbesserung der Hochschulk Kooperationen prüft. In diesem Zusammenhang ist die auf Bitten der NWMK von der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen begonnene Strukturanalyse Norddeutschland zu nennen. Thematisch widmet sich die Analyse zunächst der Energieforschung sowie dem Bereich Biowissenschaften/Medizin. Eine Ausweitung auf andere Fächer ist geplant. Mittel- und langfristiges Ziel soll eine umfassende Strukturanalyse sein.

Darüber hinaus werden die Chefs der Staats- und Senatskanzleien der norddeutschen Länder (CdS Nord) sich im November 2009 erneut mit „Hochschulk Kooperationen in Norddeutschland“ sowie dem „Ausbildungs- und Karrierestandort Norddeutschland“ unter dem Gesichtspunkt möglicher Synergieeffekte befassen. Den Ergebnissen dieser laufenden Initiativen kann nicht vorgegriffen werden.

Zu 3:

Entsprechend dem Mobilitätsbericht der KMK (KMK-Dokumentation 183 - Die Mobilität der Studienanfänger und Studierenden in Deutschland von 1980 bis 2005, August 2007) beginnen etwa 6 % der Studienanfänger, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Niedersachsen erworben haben, in Bremen und etwa 4 % in Hamburg ein Studium. Insgesamt haben 39,4 % der Studienanfänger in Bremen und rund 11,1% der Studienanfänger in Hamburg ihre Hochschulzugangsberechtigung in Niedersachsen erworben (Tabelle A.1.2 der o. g. KMK-Dokumentation Nr. 183).

Bei den Wanderungsbewegungen der Studierenden „exportiert“ Niedersachsen seit Jahrzehnten Studierende. Dies ist auf die besondere regionale Situation mit den Stadtstaaten Bremen und Hamburg zurückzuführen, die beide aus dem Umland einen „Importüberschuss“ zu verzeichnen haben. Dieser Wanderungssaldo des Flächenlandes Niedersachsen vor allem nach Bremen und Hamburg ist seit 25 Jahren in etwa konstant geblieben. Der Wanderungssaldo war zu Zeiten der SPD-Regierung im Jahr 1995 mit einem Wanderungsverlust in Höhe von 33 618 am höchsten, sie lag im Jahr 2007 mit 28 800 auf dem Niveau der Jahre 1998 bis 2000. Auf die in der Vorbemerkung erwähnten Empfehlungen des Wissenschaftsrates wird verwiesen.